

Blickpunkte

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **66 (1986)**

Heft 10

PDF erstellt am: **15.08.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

Entlastung des Bundesrates — Variationen zu einem Dauerthema

Als im Herbst 1984 Rudolf Friedrich nach nicht einmal zweijähriger Amtszeit aus dem Bundesrat zurücktrat, löste dies eine neue Welle von Diskussionen rund um die seit Jahrzehnten feststehende Überlastung der Regierungsmitglieder aus. Es kam zu parlamentarischen Vorstössen, welche die besorgte Frage stellten, ob die Erfüllung der verfassungsmässig vorgeschriebenen Regierungsaufgaben überhaupt noch gewährleistet sei, ob allenfalls die schon zuvor mehrfach diskutierte Bestellung von parlamentarischen Staatssekretären Abhilfe schaffen könnte oder ob nicht doch von der fast zum Tabu gewordenen Mitgliederzahl Sieben abzurücken und eine Erweiterung auf neun oder elf vorzunehmen sei — bei gleichzeitiger Einführung eines eigentlichen Präsidialamtes mit entsprechender infrastruktureller Ausstattung.

Niemand konnte damals ahnen, dass die nunmehr anstehende materielle Behandlung jener Vorstösse aufs neue von einem gesundheitlich bedingten Rücktritt aus der Landesregierung überschattet werde. Zwar war schon zu jenem Zeitpunkt nicht zu übersehen, dass dem zusammen mit Friedrich zum Bundesrat gewählten Alphons Egli die Freude am Regieren ebenfalls nur allzu rasch abhanden gekommen war — und dies obwohl er von allem Anfang an nie der weitverbreiteten «Exekutivkrankheit» verfallen war, zuviel selbst machen zu wollen und sich dabei im

Dickicht der Detailgeschäfte zu verlieren. Egli galt im Gegenteil als einer, der vorbildlich delegieren konnte und auch den Blick für das Wesentliche mitgebracht hatte.

Als Chef eines besonders vielfältigen und weitläufigen Departements mit einem besonders grossen gesetzgeberischen Pendenzenberg machte er aber nur allzu rasch die gleiche bittere Erfahrung wie Friedrich: Er jagte von einer parlamentarischen Kommissions-sitzung zur andern, wobei der Zeitaufwand — nicht zuletzt auch wegen der Notwendigkeit, sich selbst zuvor Einblick in alle Details zu verschaffen — so gross war, dass für das «Regieren», was immer das heissen mag, praktisch keine Zeit mehr übrig blieb.

Es wäre deshalb nicht abwegig, wenn man bei künftigen Diskussionen über die Regierungstätigkeit dem bisher völlig unbeachteten Problem des Timings von gesetzgeberischen Arbeiten im Hinblick auf ihre allfällige Kumulierung auf parlamentarischer Ebene mehr Gewicht zumessen würde. Dies um so mehr, als der in solchen Zusammenhängen immer wieder erhobene Ruf nach einer Stellvertretungsmöglichkeit in Parlamentskommissionen durch Chefbeamte wohl kaum je zu allseits befriedigenden Resultaten führen wird, und zwar nicht wegen der vielzitierten «Empfindlichkeit» des Parlaments, sondern weil in solchen Sitzungen unausweichlich laufend auch politische Ermessensfragen anfallen, über

welche ein Chefbeamter bei aller Sachkenntnis niemals abschliessend befinden kann. Im Kommissionsalltag hätte dies zur Folge, dass dauernd Rückfragen an den Departementsvorsteher gestellt werden müssten, womit Verzögerungen und Reibungsverluste im Arbeitsablauf der Kommissionen aufträten und der jeweils zuständige Bundesrat letzten Endes doch erheblich mitbeansprucht würde.

Mit Recht wurde in den letzten Wochen andererseits auf zwei Belastungen unserer Magistraten hingewiesen, die nicht immer zwingend mit der Wahrnehmung amtlicher Aufgaben zu tun haben: das Ausmass «freiwilliger» Repräsentationspflichten sowie das Medienproblem. Zur ersten Frage: Es ist klar, dass offizielle Präsenzen des Bundesrates an gewichtigen Anlässen unerlässlich sind. Und es ist auch verständlich, dass zum Beispiel die jeweilige Kantonalpartei ebenfalls hin und wieder etwas von «ihrem» Bundesrat profitieren möchte. Doch kommen im Alltag jedes Regierungsmitglieds viele «Grenzfälle» hinzu, bei denen man sich in guten Treuen fragen kann, ob nicht mehr Zurückhaltung angebracht wäre. Immerhin darf nicht übersehen werden, dass es gerade unserem eher anonymen Regierungssystem auch wieder gut ansteht, wenn es «Bundesräte zum Anfassen» gibt. Durch unkonventionelle «Verfügbarkeit» und Präsenz leisten sie einen Beitrag zur «Bürger-nähe» des Staats, die sonst ohnehin immer mehr zur Mangelware wird.

Noch viel weniger «lösbar» dürfte das Medienproblem sein. Zwar ist unbestritten, dass die «Medienpräsenz» der meisten Bundesräte eher zu gross als zu klein ist. Doch angesichts der weitverbreiteten journalistischen Praxis, Zurückhaltung eines Regierungsmitglieds einfach postwendend mit entsprechend schlechterer Behandlung zu quittieren und damit eine «Ersatzbelastung» zu schaffen, die oft an die Nerven geht, ist es nur zu verständlich, wenn auch Bundesräte Mühe bekunden, dem Sog der Medien zu widerstehen. Bundespräsident Egli hat im übrigen selbst auf einen Aspekt verwiesen, der die ganze Problematik drastisch illustriert: Er machte kürzlich darauf aufmerksam, dass in diesem Amte schon kleinste gesundheitliche Schwierigkeiten zum grossen Problem werden können, weil sie in den Medien sofort hochgespielt und womöglich gleich mit Spekulationen über Rücktritts- und Nachfolgefragen gekoppelt werden.

Die nun erneut angeheizte Diskussion rund um die Belastung der Bundesräte — diese ist übrigens je nach Departement sehr unterschiedlich — wird sicherlich wiederum das eine oder andere abwerfen. Tiefergreifende Änderungen struktureller Art dürften indessen einmal mehr kaum zu realisieren sein. Dazu ist unser System als solches zu fest im öffentlichen Bewusstsein wie in der politischen Realität des Parteienproporz einzementiert.

Richard Reich

Gesicherte Wettbewerbsfähigkeit?

Soeben hat das in Genf domizilierte Europäische Management Forum seine «Jahresrangliste der Konkurrenzfähigkeit» veröffentlicht. Danach zählt die Schweiz — neben Japan und den USA — zu den drei kompetitivsten Ländern der Welt. Schon in früheren Erhebungen stand unsere Wirtschaft in dieser vielbeachteten, wenn auch nicht unbestrittenen Bewertung in den Medaillenrängen.

Die Konjunkturphase der jüngsten Vergangenheit scheint das vorteilhafte Bild weitgehend zu bestätigen. Die Ausfuhren — sicher der aussagekräftigste Indikator für die relative Konkurrenzposition — erreichten 1985 genau den doppelten Wert von 1975; und sowohl 1984 wie 1985 erhöhten sie sich im Vorjahresvergleich mit zweistelligen Zuwachsraten. Die schweizerische Exportindustrie hat, auch wenn man die Preisanpassungen einkalkuliert, einen eindrucklichen Leistungsausweis erbracht. Dass gleichzeitig auch der «unsichtbare» Export in Form von Dienstleistungen etwa von Banken, Versicherungen oder Handelsfirmen prosperierte, ist allgemein bekannt.

Der schweizerische Erfolg im Inland wie auf den Weltmärkten wird gegen härteste ausländische Konkurrenz erzielt. Dies scheint um so erstaunlicher, als das Lohnkostenniveau hierzulande rekordverdächtig ist. Ein Widerspruch? Zu beachten ist, dass die Lohnkosten die Wettbewerbsfähigkeit nur zu einem Teil beeinflussen; anderen Faktoren kommt, je nach Produkt, ebensolches, wenn nicht grösseres Gewicht zu. Von zentraler Bedeutung ist die Produktivität, der Output pro Erwerbstätigen. Und in dieser Beziehung

steht die schweizerische Wirtschaft insgesamt ohne Zweifel gut da. Enorme Anstrengungen zur Rationalisierung der technischen und organisatorischen Produktionsabläufe haben in den letzten paar Jahren in manchen Betrieben, wie man etwa aus der Chemie, der Maschinen-, Uhren- oder der Textilindustrie weiss, zu eigentlichen Produktivitätssprüngen geführt, zu Fortschritten, welche man angesichts des schon vor der Rezession 1974/75 erreichten Niveaus kaum für möglich gehalten hätte. Zusammen mit weiteren Faktoren — einem innovativen Geist auch ohne Innovationsrisikogarantie, der Effizienz des Dienstleistungssektors, der vielgerühmten Stabilität und anderem mehr — liegt hier der Kern der schweizerischen Wettbewerbsfähigkeit. Nicht trotz der hohen Lohnkosten sind «wir» kompetitiv; unsere Konkurrenzkraft erlaubt vielmehr ein hohes Lohnniveau und damit eine Spitzenstellung im Volkswohlstand.

Konkurrenzpositionen sind, so gut sie auch fundiert scheinen, indessen keineswegs unverrückbar — dafür gibt es genügend wirtschaftsgeschichtlichen Anschauungsunterricht. Tatsächlich weist denn auch die schweizerische Entwicklung im internationalen Vergleich einige Schwachstellen auf. Die OECD, in der die wichtigsten 24 Industriestaaten der westlichen Welt gruppiert sind, hat in letzter Zeit verschiedentlich auf den schrumpfenden Schweizer Produktivitätsvorsprung hingewiesen. Im Zeitraum 1960 bis 1984 erhöhte sich das reale Sozialprodukt pro Erwerbstätigen in unserem Land im Jahresmittel um 2%; dieser Wert liegt deutlich unter dem OECD-

Durchschnitt von 2,8% und — berücksichtigt man den Beobachtungszeitraum — geradezu drastisch unter den 3,3% Produktivitätswachstum, die für die EG-Länder ausgewiesen werden. Allzu lange kann dieses schweizerische Nachhinken nicht andauern, ohne dass die Auswirkungen direkt spürbar werden. Es gilt, die Fortschritte der jüngsten Zeit weiterzuführen.

Auch die Konjunkturforschungsstelle der ETH weist in ihrer Analyse vom Frühjahr 1986 auf einige Punkte hin, die einer überbordenden schweizerischen Zuversicht die Spitze brechen dürften. Die KOF erinnert z.B. daran, dass die Strukturanpassungen in gewissen Wirtschaftszweigen noch keineswegs im erforderlichen Mass durchgezogen sind, ja, dass die Dollarhauss 1985 neuerlich Verzögerungen mit sich gebracht haben dürfte. Weiter halten die ETH-Wirtschaftsforscher — leider mit einigem Grund — keine grossen Stücke auf der Flexibilität unseres Bildungswesens, dem für die technologische Entwicklung langfristig ohne Zweifel eine zentrale Bedeutung zukommt. Schliesslich erwähnen sie als Schwachstelle die eidgenössische Finanzpolitik, die sich durch mangelhafte Stetigkeit auszeichne, was einem zukunftsgerichteten unternehmerischen Handeln wenig zuträglich sei. Zu ergänzen wäre, dass Verschiebungen an der Währungsfront die Konkurrenz-

verhältnisse rasch und tiefgreifend verändern können. Die Grenzen einer Wechselkursbeeinflussung sind allerdings, gerade in der Schweiz, recht eng gezogen.

Der schweizerische Spitzenrang in bezug auf die Wettbewerbsfähigkeit ist, das muss man sich vor Augen halten, also keineswegs unangefochten. Japan hat demonstriert, welche Fortschritte innerhalb von zwei Jahrzehnten zu erzielen sind. Es bedarf auf unternehmerischer Ebene grosser Anstrengungen, um nicht abgedrängt zu werden und Marktpositionen zu verlieren, die in langjähriger Arbeit aufgebaut worden sind. Es bedarf indessen auch guter politisch-sozialer Rahmenbedingungen zur Entfaltung der Wettbewerbskraft. In dieser Beziehung steht die Schweiz nach wie vor erfreulich gut da — vergleichsweise jedenfalls. Die Konjunkturforschungsstelle der ETH kommt denn auch zu folgendem Schluss: *«Übertriebener Pessimismus bezüglich der mittelfristigen schweizerischen Konkurrenzposition wäre unangebracht, denn Flexibilitätsmangel und auf Ineffizienz programmierte institutionelle Regelungen (Agrarpolitik, Preisüberwachung, Kranken- und Altersversicherungswesen, Kündigungsschutz usw.) grassieren in den umliegenden Ländern noch ausgeprägter als in der Schweiz.»* Wenn das kein Trost ist!

Guy Bär

Vorprogrammierte Inflation?

Vor kurzem fand im Aostatal die Jahrestagung der *Mont Pèlerin Society* statt, also jener Vereinigung von liberalen Ökonomen, die vor allem in den

ordnungspolitischen Auseinandersetzungen der fünfziger und sechziger Jahre eine grosse Rolle spielte. Sie versteht sich als Hort liberalen, freiheit-

lichen Denkens. Und sie versucht nach wie vor, bei der Lösung anstehender wirtschaftlicher Probleme der marktwirtschaftlichen Sicht zum Durchbruch zu verhelfen. Es ist deshalb wohl auch kaum erstaunlich, dass auf der Traktandenliste dieser Vereinigung das *Inflationsproblem* einen prominenten Platz einnimmt, ist doch die monetäre Stabilität eine wichtige Voraussetzung für die Funktionstüchtigkeit einer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Prof. P. Bernholz, renommierter Ökonom an der Basler Universität, stellte an der erwähnten Tagung der MSP kühlen Herzens fest, dass das Inflationsproblem erst mit der Übergabe des Notenemissionsmonopols an die Zentralbanken seine Vitalität und Dauerhaftigkeit erhalten hat. Bernholz wusste diesen Befund mit eindrucksvollen Zahlenreihen zu belegen. Es hat sozusagen eine Institutionalisierung erfahren. Die Annahme liegt deshalb nahe, das Verhalten dieses Monopols als Hauptgrund für die Hartnäckigkeit des Inflationsproblems zu identifizieren. Auf diesen Zusammenhang haben übrigens auch schon andere Ökonomen, etwa der Nobelpreisträger F.A. von Hayek («Denationalisation of money»), hingewiesen. Die Feststellung eines wirtschaftlichen Tatbestandes ist eines; die Erarbeitung und Durchsetzung einer kausalerorientierten Therapie jedoch etwas ganz anderes. Und dies ganz besonders natürlich im Falle des Notenbankmonopols, weil sich heute realpolitisch wohl niemand vorstellen kann, dass es in absehbarer Zukunft aufgehoben oder sein Verhalten an Regeln gebunden werden könnte, die eine nicht stabilitätskonforme Geldpolitik zu verhindern in der Lage wären.

Dass die Auffassung von Bernholz einen unmittelbaren Aktualitätsbezug

aufweist, geht daraus hervor, dass das Fed, die amerikanische Notenbank, seit Monaten eine eher *grosszügige Geldpolitik* betreibt. Die Vermutung, dass die Talfahrt des Dollars mit dieser Politik zu tun haben könnte, ist denn auch nicht von der Hand zu weisen. Vom gleichen Sog, wenn auch nicht so dramatisch wie das Fed, ist die Deutsche Bundesbank erfasst worden. Auch sie betreibt eine Geldpolitik, die sich ausserhalb des Stabilitätspfades bewegt, weshalb das Verhältnis DM/SFr. zu leiden begonnen hat. Die Schweizerische Nationalbank ist damit in eine eher unangenehme Lage gekommen: soll sie konsequent auf Stabilitätskurs bleiben — und damit einen gegenüber der DM weiter steigenden Frankenkurs in Kauf nehmen — oder soll sie durch Interventionen auf dem Devisenmarkt nachziehen? Es ist vorauszusehen, dass dann, wenn die DM deutlich unter die magische Grenze von 80 fallen sollte, der «Jammerkoeffizient» der Exportindustrie erhebliche Ausmasse annehmen wird. Sollte sich die Notenbank wie im Herbst 1978 in die Knie zwingen lassen, dann wäre der nächste Inflationsschub auch in der Schweiz vorprogrammiert.

Das Verhalten der Notenbanken ist für die monetäre Stabilität in der Tat entscheidend. Und das Verhängnis will es, dass trotz flexibler Wechselkurse die geldpolitische Autonomie der Notenbanken höchst relativ geblieben ist. Die Hoffnung von einst, dass es mit einem auf flexiblen Wechselkursen basierenden System gelingen könnte, das Inflationsproblem zu «entinternationalisieren», haben sich nicht erfüllt. Es ist vielmehr auf der wirtschaftlichen Bühne so präsent wie eh und je.

Willy Linder

Gestern in Harare

Von Bandoeng bis Belgrad — auch diese Konferenz ist ein Vierteljahrhundert her — waren die Zusammenkünfte der blockfreien Staaten historische Ereignisse gewesen. Nehru, Sukarno, Nkruma, Nasser, Tito — Charismatiker, legendenumwoben, zum Teil Gründer ihrer Staaten, im Fall Indonesien sogar Schöpfer ihrer Sprache. War der Rückzug der Kolonialmächte nicht auch ihr Werk, ihr Sieg? *«Bedientenvölker heben ihr struppiges Karyatidenhaupt»* (Grillparzer).

Verglichen mit den gloriosen Anfängen, war die Konferenz in Harare, Hauptstadt von Simbabwe (vormals Salisbury, Rhodesien), Abklatsch, fast Abgang. Es gibt keinen antiimperialistischen «Block der Blockfreien» —, auch wenn Oberst Ghadaffi das gesagt hat, stimmt es. In den fünfziger Jahren war die Rede von «einem» Asien, «einem» Afrika; wer auf die unüberbrückbaren Gegensätze hinwies, die Eifersucht auf jüngst errungene Souveränitäten, wurde gescholten oder belächelt, als habe er den Geist der Zeit nicht erkannt. Jene, die nicht mehr an die Sowjetunion als glückliche Zukunft glaubten — und ihre Zahl wuchs schnell — investierten Hoffnungen in Maos China, Castros Kuba und die Revolutionen der von den Imperien Entlassenen oder — seltener — Befreiten.

Was bleibt von diesem «tiersmondisme», wie ihn die Franzosen nennen, der keine Bestandesaufnahme war, sondern eine Ideologie? Wenn in Harare die Vertreter — seltener als bisher die Staatschefs — von 99 Ländern und zwei Befreiungsbewegungen zusammenkamen und kräftige Beschlüsse votierten, in welchen die USA mehrere

Dutzend Male angeklagt werden — was davon wird durchgeführt werden?

Oberst Ghadaffis Auftritt — mit Leibgarde, einen Tag nach Beginn der Konferenz, als er nicht mehr erwartet wurde — war eine «fantasia», ein Schaugefecht. Zu den schweigsamen Gemäßigten gehörten zwei Drittel der Teilnehmer. Für den Boykott Südafrikas — Hauptthema dieser Konferenz — machte sich der Gastgeber Robert Mugabe stark. Doch wenige Wochen zuvor hatte seine Regierung das Handelsabkommen mit Südafrika erneuert. Simbabwe hat keinen Zugang zum Meer und ist auf zwei südafrikanische Häfen angewiesen. Wo, wenn nicht in Harare, weiss man über die Schwächen eines internationalen Boykotts Bescheid, dem — von der UNO proklamiert — die weissen «Sezessionisten» Rhodesiens gut fünfzehn Jahre widerstanden und der nicht der Grund für das Ende der weissen Herrschaft war? Teils wurde dieser Boykott durchbrochen — in Simbabwe sieht man Peugeot- statt Leyland-Automobile — teils förderte er eigene Initiative. Was Rhodesien vermochte, könnte Südafrika mit seinen strategischen und wirtschaftlichen Trümpfen weit besser. Ein ganzer Kranz kleinerer Nachbarstaaten kann Südafrika weder entbehren — auch nicht seine Touristen — noch herauszufordern wagen. Das «frankophone» Afrika zeigt sich am Boykott nicht interessiert. Auch nicht mehr an der Isolierung Israels, mit dem drei afrikanische Staaten wieder die normalen Beziehungen hergestellt haben.

Yassir Arafat erwies sich, sehr verklausuliert, entgegenkommender als bisher, doch die kämpfenden Palästi-

nenser billigen die verbalen Konzessionen nicht, und Israel traut ihnen nicht. Arafat rief die Regierungen Iraks und Irans auf, ihren sechsjährigen Krieg zu beenden — «*Genug, genug, genug!*» Niemand erwartet, dass diese Beschwörung irgend etwas bewirkt. Auch die Spannung zwischen Indien und Pakistan blieb spürbar.

Europäern steht schlecht an, die Hilflosigkeit und Uneinigkeit der Blockfreien zu kritisieren. Trotz geographischer Nähe, gemeinsamer Kultur und Wirtschaftsinteressen, trotz Partnerschaft in einem Bündnis und Fehlen ernster Konflikte zwischen den Mitgliedern, ist die EG keine politische Kraft. Hier wären doch die Voraussetzungen weit günstiger!

Versuche der Minderheit, die Nicht-engagierten an das sowjetische Lager zu binden, sind fehlgeschlagen. Nicaragua und Nordkorea boten Gastfreundschaft für die nächste Tagung an, doch die Konferenz zog vor, die Wahl des nächsten Tagungsortes offenzulassen. In den Fragen der Schulden und der

Kredite zeigte sich die Mehrheit äusserst gemässigt. Und wenn Ghadaffi den nicht solidarischen Blockfreien die Solidarität der Sowjetunion als Beispiel vorhielt, wurde das belächelt; denn die Grossmacht hatte sich nicht anders verhalten als die Nichtengagierten. Jugoslawien und Iran stimmten Resolutionen gegen die Besetzung Afghanistans und Kambodschas zu. Und die Liste der gegen Südafrika beschlossenen Sanktionen wurde nicht in die Schlussresolution aufgenommen.

«*Man kann seine Freunde, aber nicht seine Nachbarn aussuchen*», soll Mugabe gesagt haben. Das gilt auch in anderem Sinn für Intimfeindschaften zwischen Nachbarstaaten. Es gibt — mit einigen Ausnahmen wie Singapur — in solchen Konferenzen eine gemeinsame Stimmung und Sprachregelung. Doch 99 Staaten, das sind 99 Fixierungen, Zwänge, Perspektiven. Von den legendären Gründern bleibt Fidel Castro — wie blockfrei sind seine Milizen in Angola?

François Bondy

BETRIFFT: DIE BEILIEGENDE GELBE KARTE

Sie erleichtert es Ihnen, die Schweizer Monatshefte zu abonnieren, falls Sie nicht schon Abonnent sind. Sie bekommen unsere Zeitschrift dann jeweils pünktlich frei Haus geliefert.

Die gelbe Karte gibt Ihnen aber auch Gelegenheit, jemanden mit einem Abonnement zu beschenken. Jetzt, mitten im Jahr? Unerwartete Geschenke machen bekanntlich doppelt Freude. Vielen Dank.

*Schweizer Monatshefte, Administration,
Schulthess Polygraphischer Verlag AG, Postfach, 8022 Zürich*
